Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 5.25 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Inseratenpreis 4 Mk. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2-spaltige Korpuszeile 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungsgebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 153. — **Sonntag den 3. Juli 1921.** — **80. Jahrgang.**

Grumbach.

Bis 8. Juli 1921 sind die Nachzahlungen für Licht und Kraft in den Vormittagsstunden an die hiesige Ortssteuereinnahme abzuführen. Nach Fristablauf erfolgt kostenpflichtige Zwangsbeitreibung.

Grumbach, am 1. Juli 1921. 4609 **Der Gemeindevorstand.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichstag wird voraussichtlich am 7. Juli in die Sommerferien gehen.
* Die Zentrumspartei wird auch in diesem Jahre wieder einen Parteitag abhalten, und zwar in den ersten Wochen des November.
* Der bisherige italienische Ministerpräsident hat endgültig den Antrag abgelehnt, das Kabinett neuzubilden. Kammerpräsident de Nicola wurde mit der Kabinettsbildung betraut.
* Eine Reihe von verhafteten irischen Sinnfeinern wurde in London aus dem Gefängnis entlassen.
* Präsident Harding hat das Gesetz unterschrieben, wonach vom 1. Oktober ab die gesamte Mannschaftsstärke des amerikanischen Heeres auf 150 000 Mann herabgesetzt wird.
* Im Senat der Vereinigten Staaten wurde ein Gesetzentwurf zur Errichtung einer „Bank der Nationen eingebracht mit einem Kapital von 2400 Millionen Dollar. Sämtliche Staaten sollen Aktionäre werden können.

Friede mit Amerika.

Beginn zu ehrlicher Versöhnung.

Das Repräsentantenhaus zu Washington hat dem Bericht der Konferenzmitglieder der beiden Häuser über die Resolution, derzufolge der Kriegszustand mit Deutschland und Österreich beendet wird, zugestimmt.

Darauf ging die Resolution an den Senat, der sie gleichfalls ohne weitere Debatte annahm. Was nun noch folgt, sind lediglich Formalien. Die Resolution, welche u. a. auch besondere Verfügungen über das deutsche Eigentum in Amerika enthält, geht nun an den Präsidenten Harding zur Unterschrift.

Abfahrt der amerikanischen Truppen.

Die Resolution wird noch vor dem 4. Juli in Wirksamkeit treten, worauf dann ein Befehl erlassen werden soll, daß sich die Truppen vom Rhein nach Amerika einzuschiffen haben.

Man glaubt, daß der Befehl zur Zurückziehung der Truppen ein Geschenk an diese anläßlich des amerikanischen Nationalfestes am 4. Juli sein wird. Die französische, englische und belgische Regierung dürften von der Absicht der Vereinigten Staaten, ihre Truppen zurückzuberufen, bereits benachrichtigt sein. Die amerikanischen Truppen werden natürlich durch Ententetruppen ersetzt werden, und zwar wahrscheinlich durch Franzosen. Der einzige Vorteil, den Deutschland davon hat, ist die erhebliche Verbilligung der Besatzungskosten. Die Bevölkerung des Koblenzer Distriktes wird den Tausch eher bedauern.

In den Vereinigten Staaten erklärt man, daß nach internationalem Recht diese Truppen nicht länger auf einem Gebiet verbleiben können, mit dem Amerika sich nicht im Kriegszustande befindet. Außerdem wird in Regierungskreisen dargelegt, daß kein Anlaß vorliegt, die amerikanischen Streitkräfte am Rhein zurückzuhalten, da Deutschland den Beweis erbringe, daß es seinen Verpflichtungen nachkommen wolle.

Amerika sagt sich also offiziell von der französischen Gewaltpolitik los.

Weltabrüstung.

Das Repräsentantenhaus nahm ferner den Antrag Berah an, der den Präsidenten ermächtigt, mit England, Japan und anderen Großmächten Verhandlungen über die Verminderung der Streitkräfte zur See anzuknüpfen. Nur vier Mitglieder des Repräsentantenhauses stimmten gegen den Antrag Berahs. Vor der Abstimmung wurde ein Schreiben des Präsidenten an die Parteiführer des Repräsentantenhauses verlesen, in dem er den Wunsch ausspricht, daß der Kongreß sich zugunsten der Abrüstung aussprechen möge.

Die Wiederaufbau-Verhandlungen.

(Materialpreise — Luftschiffe — Finanzkontrolle.)

Zurzeit finden in Paris bekanntlich Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Regierung statt, die sich an die Wiesbadener Zusammenkunft Rathenaus mit Loucheur anschließen und in denen die Einzelheiten der deutschen Wiederaufbaulieferungen geregelt werden sollen. In der Hauptsache handelt es sich jetzt um die Frage der Materiallieferungen und der Preise, insbesondere die Höchstpreise für die von uns aufzustellenden Holzhäuser. Die Verhandlungen sind auf einem Standpunkt angekommen, wo man es für das richtigste hielt, eine Reihe von Einzelfragen genau schriftlich zu formulieren. Mit diesen Fragen ist einer der deutschen Vertreter, Direktor Guggenheimer, am Freitag von Paris nach Berlin zurückgefahren, um sie dem Kabinett zur weiteren Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

Die Entente-Garantiekommission wiederum hat Berlin nach vierzehntägigem Aufenthalt verlassen. Die Mitglieder der Kommission unterbrachen in Koblenz die Reise, um mit der Rheinlandkommission zu beraten. Sie sind dann nach Paris zurückgekehrt.

In den Wiedergutmachungsleistungen sind auch die Luftschiffe mit einbegriffen. Der deutsche Botschafter in Paris hat dort ein Abkommen unterzeichnet, wonach Deutschland für die sieben zerstörten Luftschiffe, die es zu liefern hatte, Ersatz zu leisten hat. Ferner sind die Pläne der zerstörten Luftschiffe der Kontrollkommission zu übermitteln. Sobald dies geschehen ist, hat Deutschland Angebote für Ersatzleistung entweder in natura oder in Gold zu machen.

Auf Grund der bisherigen Beratungen hat das Garantiekomitee der deutschen Regierung

fünf Noten

übermittelt, in welchen zu den deutschen Vorschlägen Stellung genommen wird. Die erste Note enthält die Mitteilung, daß unter gewissen Voraussetzungen außer der bis zum 31. August zu zahlenden einen Milliarde Goldmark in dem ersten Jahre bis zum 1. Mai 1922 an Devisen nur noch 300 Millionen Goldmark zu zahlen sind, während die übrigen Summen durch Sachleistungen und durch die Erhebung der Ausfuhrabgabe in den Ententeländern abgegolten werden. Weiter betont die Note die Notwendigkeit, den Kurs der Mark zu festigen und hierzu das Budget durch eine Finanzreform ins Gleichgewicht zu bringen.

Besonders wichtig erscheint dann noch die fünfte Note, in der die Maßnahmen näher auseinandergesetzt werden, um sich von der richtigen Feststellung der Ausfuhrziffern und der Einnahmen der Zölle und der verpfändeten Steuern zu überzeugen. Man hört hierzu, daß die Entente die Absicht haben soll, Kontrollkommissare in das Finanz- und in das Wirtschaftsministerium zu entsenden. Sollte sich das bewahrheiten, so würde das einen weiteren schweren Eingriff in die Selbständigkeit der deutschen inneren Verwaltung bedeuten.

Hoefers Abschied

Auflösung des Selbstschutzes angekündigt.

Der Führer des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien, General Hoefer, hat an seine Leute einen Aufruf erlassen, der beginnt: „Kameraden! Der Vormarsch der Interalliierten Truppen zur Befreiung unserer Heimat hat endlich begonnen. Die Interalliierte Kommission hat sich verpflichtet, in wenigen Tagen Oberschlesien bis zur Landesgrenze von den Insurgenten zu säubern. Sie glaubt, unsere Mithilfe, die ich ihr immer wieder angeboten habe, ablehnen zu müssen.“ Zum Schluß lautet es: „Gelingt den Alliierten die Säuberung des Landes, dann ist unsere Aufgabe jetzt erfüllt; wir werden uns wieder auflösen. Auch dabei werdet Ihr, so erwarte ich, die Selbstzucht bewahren, die Euch bisher ausgezeichnet hat. Aus der Einmütigkeit, mit der das gesamte Deutschtum hier zusammenstand, können wir die freudige Zuversicht schöpfen für eine bessere Zukunft unserer armen oberschlesischen Heimat und unseres gesamten deutschen Vaterlandes.“

Ein Schwindler.

Vor einigen Tagen veröffentlichten ausländische Zeitungen eine Nachricht, nach der der Kommandant des „Marine-Detachements“ der oberschlesischen Insurgenten, Robert Ossek, ein früherer deutscher Kapitänleutnant und ehemaliger Kommandant des U-Bootes 5 sei.

Hierzu teilt die Marineleitung mit: Es hat sich einwandfrei feststellen lassen, daß ein ehemaliger U-Bootskommandant des Namens Robert Ossek in der deutschen Marine nicht existiert hat. Es hat mehrere U-Boote mit der Bezeichnung 5 gegeben. Deren Kommandanten sind bis auf einen gefallen. Dieser Überlebende befindet sich in Deutschland. Es kann infolgedessen keiner von ihnen auf polnischer Seite in Oberschlesien kämpfen. Vermutlich handelt es sich um einen Schwindler.

Gespanne für die oberschlesischen Landwirte.

Ein oberschlesischer Grundbesitzer bittet um Veröffentlichung nachstehenden Aufrufes an den Großgrundbesitz: Die polnische Insurrektion in Oberschlesien hat die Güter ihres Pferdebestandes zum Teil gänzlich beraubt. Die Ernte steht vor der Tür, die Heuernte ist im Gange. Viele andere landwirtschaftliche Arbeiten drängen. Der Staat hat zwar Hilfe in Aussicht gestellt, die aber von Woche zu Woche verzögert wird. Weiter abzuwarten ist unmöglich. Wenn die größeren deutschen Landwirte je einen bespannten Lastenwagen sofort an die Notstandskommission Oppeln schicken wollten, könnte wenigstens einem Teil der Not abgeholfen werden. Helft sogleich ohne große Rückfragen und Beratungen, damit nicht auch noch die Ernte verlorengeht. Die Not ist überwältigend groß.

Der neue Orientkrieg.

Kemals seltsame Haltung.

Den Griechen geht es nach wie vor schlecht. Die neuesten Meldungen besagen, daß die griechischen Truppen Nikomedia geräumt haben, ohne vom Feinde daran gehindert zu werden, d. h. sie sind ausgerissen, als sie hörten, daß die Türken kamen. Die Türken haben in der Gegend von Sabandja Stellungen bezogen. Sie setzen ihren Ausmarsch fort. Die griechischen Truppen, welche Tetili verteidigen und durch drei Artilleriegruppen verstärkt sind, sind umzingelt. Man erwartet ihre Übergabe. Alle diese Orte liegen etwas östlich von dem in letzter Zeit vielgenannten Ismid, in der Nähe der Ostküste des Marmarameeres.

Der heilige Krieg mit Vorbehalt.

Kemal Pascha hat an die Bevölkerung in Anatolien eine Proklamation gerichtet, in der er die Völker des Abendlandes anklagt, die Völker des Orients vernichten zu wollen. Er protestiert gegen die Besetzung Konstantinopels durch die Engländer, deren Schurkerei es gelungen sei, die Hohe Pforte unter Vormundschaft zu stellen. Er protestiert ferner dagegen, daß man ihn anklagt, den Bolschewismus nach Anatolien verpflanzt zu haben und sagt, daß das anatolische Volk entschlossen sei, seine Interessen und seine Existenz zu verteidigen, wie es dies als freies und autonomes Volk tun müsse. Der Kampf wird also bis zur Räumung Konstantinopels fortgesetzt werden. Der Aufruf schließt mit den Worten: Der Kampf, der sich jetzt im Orient abspielt, ist ein heiliger Kampf. Der Kampf, der in der muselmanischen Welt entfacht ist, wird den Horizont der Herren aufhellen und die Unabhängigkeit Indiens und der anderen muselmanischen Völker sichern, die bis jetzt unter dem Joch der ungläubigen Abendländer seufzen.

Aber Kemal Pascha läßt auch mit sich reden. Die Alliierten haben die [illegible]sche Regierung in Konstantinopel gewarnt, daß sie [illegible]letzung der „neutralen Zone“ um Konstantinopel als Kriegsfall ansehen würden. Izzet Pascha, hat sich daraufhin an die Regierung von Angora, d. h. Kemal, mit der Bitte gewandt, die Warnung der Alliierten zu respektieren. Die Kemalisten haben, wie „Daily Expreß“ mitteilt, versprochen, die Grenze des neutralen Gebietes nicht zu überschreiten.

Nach dem Abzug der griechischen Garnison aus Ismid haben nationalistische Soldaten die Stadt besetzt. In der Umgegend der Stadt sind verschiedene Brandstiftungen vorgekommen, für die sich Griechen und Türken gegenseitig verantwortlich machen.

Die englische militärische Polizei hat in Konstantinopel eine Razzia auf bolschewistisch verdächtige Personen unternommen und über 30 Russen und Kaukasier verhaftet, die als bolschewistische Agitatoren gelten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die zukünftige Brotversorgung.

Im Landwirtschaftlichen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates teilte ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums mit, daß die Mindestpreise für das im Umlageverfahren abgelieferte Getreide von 1400 Mark auf 2100 Mark für die Tonne Roggen heraufgesetzt werden sollen, der Mindestpreis für Weizen erhöht sich entsprechend von 1500 auf 2300 Mark, der für Hafer auf 1800 Mark. Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats nahm diese Vorschläge an.

Die Erhöhung der Fernsprechgebühren

Im Ausschuß des Reichstages beriet man über den Entwurf eines Fernsprechgebührengesetzes. Der Entwurf setzt bekanntlich an die Stelle der bisher vorherrschenden Pauschgebühr Einzelgesprächsgebühren. Daneben wird eine nach der Größe der Gesprächsnetze gestaffelte Grundgebühr und für neu einzurichtende Anschlüsse eine Einrichtungsgebühr festgesetzt. Der Entwurf wurde im wesentlichen unverändert angenommen und der Vollversammlung des Reichstages die endgültige Entscheidung überlassen.

Arbeiterfahrkarten für Studenten.

Der Bildungsausschuß des Reichstags sprach sich einstimmig dafür aus, den Studenten deutscher Staatsangehörigkeit oder deutschen Stammes für die Fahrt von und zur Hochschule, also von und zur Arbeitsstelle, sinngemäß die gleiche Ermäßigung wie den Arbeitern bei der Fahrt von und zur Arbeitsstelle zu gewähren, sowie für eine Gestaltung der Eisenbahnpersonentarife zu wirken, die Entwicklung der Jugendpflege und der kulturellen Bestrebungen nicht behindert.

Gebührenerhöhung für Rechtsanwälte

Der Reichsrat stimmte einem Gesetzentwurf über Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher zu. Als grundlegende Neuerung wurde eingeführt, daß die Rechtsanwälte einen beweglichen Zuschlag von 100 Prozent bei Strafsachen und 50 bis 100 Prozent bei Zivilsachen erheben können. Dieser Zuschlag wird mit Zustimmung des Reichsjustizministeriums je nach der

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF